Nummer 80 — 34. Jahrgang
Erscheint 6 mal wöchentlich mit der illustrierten Gratisbeilage „Der Feierreiter" und mehreren Textbeilagen
Monatliche Bezugspreise:
Ausg. A mit St. Bennoblatt und Feierreiter M. 2,20
Ausg. B, ohne St. Bennoblatt u. mit Feierreiter M. 2,20
Ausg. C ohne St. Bennoblatt u. ohne Feierreiter M. 1,70
Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabend- u. Sonntag-Nr. 20 Pfg.

Sächsische Volkszeitung

Ausgabe A—B und C
Donnerstag, den 4. April 1935
Verlagsort Dresden
Anzeigenpreise: die 1spaltige 22 mm breite Zeile 8 Pfg. — für Familienanzeigen und Stellengesuche 5 Pfg. — Für Platzvorschriften können wir keine Gewähr leisten

Redaktion: Dresden-A., Pollerstr. 15, Fernr. 20711 u. 20013
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei u. Verlag Th. u. G. Winkel, Pollerstr. 17, Fernr. 21012, Postschck: Nr 1025, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 94707

Unabhängige Tageszeitung für christliche Politik u. Kultur

Im Falle von höherer Gewalt, Krieg, Aufruhr, einstweiliger Betriebsstörungen hat der Bezieher oder Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfange, verspätet oder nicht erscheint. — Erfüllungsort Dresden

Neuer Schlag gegen das Memelland?

Londoner Meldungen über litauische Pläne

Antrag auf Aufhebung der Autonomie?

London, 3. April. Mehrere Blätter veröffentlichen eine Exchange-Meldung, wonach die litauische Regierung einen neuen Schlag gegen das Memelgebiet plant. „Im Vertrauen auf Unterstützung Frankreichs und Rußlands" wolle sie den Völkerbund ersuchen, das jetzige Memelstatut durch eine unbedingte Anerkennung der Souveränität Litauens über das Gebiet zu ersetzen.

Präsident Smetona habe den Beschluß der Regierung gebilligt. In Litauen betrachte man die Memelangelegenheit als eine innerpolitische Frage, in die Vertreter fremder Länder sich nicht einmischen sollten. Die Unterhauserklärung Simons habe keinen besonderen Eindruck gemacht. Inzwischen setze das litauische Kabinett die Litauisierung des Gebietes energisch fort. Die Zivil- und Militärverwaltung werde reorganisiert, um alle Spuren des 500 Jahre alten deutschen Einflusses zu beseitigen. Die Machtbefugnisse des Gouverneurs sollen noch erweitert werden.

„News Chronicle" stellt dazu fest, daß ein solcher Beschluß der litauischen Regierung an einer der Gefahrenstellen Europas eine äußerst kritische Zuspitzung schaffen müsse.

Polen bleibt dem Ostpakt abgeneigt

Feststellungen der „Times"

London, 3. April. Der Sonderkorrespondent der „Times" in Warschau befaßt sich besonders mit der Unterredung zwischen Eden und Marschall Pilsudski, dem einzigen Mann, der endgültige Entscheidungen treffen könne. Die Hauptfrage Edens sei gewesen,

welche Haltung Polen gegenüber dem Ostpakt einnehme.

Wie im Moskauer Kommuniqué bestätigt würde, bilde dieser Pakt noch immer einen wesentlichen Teil der von Großbritannien befürworteten Vorschläge für die Sicherung des Friedens in Europa. Wie glaubwürdig berichtet werde, könne Marschall Pilsudski nur die entschiedene Weigerung Polens wiederholt haben, sich an einem Pakt, zum mindesten in seiner jetzigen Form, zu beteiligen.

Die Aussichten für den Ostpakt seien daher nicht gut.

Eine Aenderung in der Haltung Polens werde als beinahe unmöglich betrachtet. Die einzige Möglichkeit einer Aenderung würde vielleicht der Besuch Lavals bieten. Es scheint somit, daß die Organisierung des europäischen Friedens im Osten wie im Westen durch die in der englisch-französischen Erklärung vorgeschlagenen Methoden nicht zustande gebracht werden könne.

In Marschall Pilsudski, dessen Leben und Kampf für die polnische Unabhängigkeit gegolten habe, sei die Furcht Polens vor einer neuen Teilung lebendig verkörpert. Eine freie Volksabstimmung würde für ihn nach Ansicht urteilsfähiger Leute eine überwältigende Vertrauenskundgebung bringen. Der Korrespondent führt dann die bereits häufig von polnischer Seite vorgebrachten Argumente gegen den Ostpakt an. Er stellt ferner fest, daß der Ostpakt Polen nicht sehr viel mehr an Sicherheit bieten könne, als es schon besitze. Er verspreche Polen zwar die Unterstützung der baltischen Staaten und der Tschechoslowakei. In Polen erinnere man sich aber noch sehr lebhaft daran, daß im Jahre 1920 während des Krieges mit der Sowjetunion die Tschechoslowakei den Polen die Waffenhilfe versagt habe.

Vor etwas mehr als einem Jahr sei die Bevölkerung von Westpolen noch tief beunruhigt gewesen, weil man an die Gefahr einer deutschen Invasion glaubte.

Der deutsch-polnische Pakt habe diese Befürchtungen beseitigt.

Aus diesem Grunde sei er volkstümlich. Nachdem es so viel erreicht habe, wolle Polen jetzt nichts tun, um zu Deutschland in Gegensatz zu treten.

In seiner jetzigen Gestalt werde Polen den Ostpakt bestimmt nicht annehmen. Andere geartete Vorschläge würde es in Erwägung ziehen. Nach glaubwürdigen Informationen habe es aber selbst keine derartigen Vorschläge zu machen. Einen Ostpakt allerdings, der mit der Garantie Großbritanniens ausgestattet sei, würde Polen zweifellos mit Freude annehmen, denn es würde dann wissen, daß es keinen Krieg in Europa geben würde; aber an eine solche Möglichkeit glaube wohl niemand.

Die Warschauer Besprechungen

Die Unterredung des Lordsiegelbewahrers Eden mit Marschall Pilsudski dauerte mehr als eine Stunde. An der Unterredung nahmen der Geschäftsträger Avening und der Abteilungschef im englischen Außenministerium, Strang, Außenminister Beck und der Vizeminister des Auswärtigen, Graf Szembek, teil.

Bei einem Essen zu Ehren Edens wurden Trinksprüche gewechselt zwischen Beck und Eden.

Die Besprechungen Edens mit dem Außenminister Beck haben sich, wie zuverlässig verlautet, so gut wie ausschließlich um die Frage des Ostpaktes bewegt. Von maßgeblichen polnischen Stellen wird immer wieder betont, die Unterredungen hätten lediglich informatorischen Charakter gehabt. Die Aussprache mit Eden ist, wie man hört, sehr herzlich und von größter Offenheit gewesen. Sehr hartnäckig behaupten sich Gerüchte über

einen neuen Kompromißvorschlag zur Ostpaktfrage,

der, um Polen den Beitritt zu ermöglichen, an Stelle der Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfeleistung eine Konsultation der Mächte vorsehe. Erst nach einer Konsultation könnte dann durch die Unterzeichner des Ostpaktes über die Stellung von Waffenhilfe beschlossen werden.

Frankreich will Dienstzeit verlängern

Keine Entlassungen aus dem französischen Heer vor Juli

Paris, 3. April. Wie „Petit Journal" aus sicherster Quelle wissen will, wird wahrscheinlich am kommenden Sonnabend im Ministerrat beschlossen werden, die Soldaten, die am 15. April entlassen werden sollten, auch weiterhin unter den Fahnen zu behalten.

Ministerpräsident Flandin hat bekanntlich in seiner gestrigen Kammerrede gesagt, die Frage, ob der Artikel 40 des Militärgesetzes auch auf die im April zur Entlassung kommenden Soldaten angewendet werde, sei noch nicht entschieden. Der Militärausschuß werde erst in seiner Sitzung am 5. April ein Gutachten abgeben. Das „Petit Journal" will aber von einem Mitglied dieses Ausschusses erfahren haben, daß sich der Ausschuß

für eine Verlängerung der Dienstzeit

aussprechen werde. Zur Begründung gebe man an, daß die neuen Rekruten erst zwischen dem 15. und 25. April eingezogen würden. Mindestens drei Monate werde es dauern, ehe sie notdürftig ausgebildet seien. Würde man also im April Entlassungen aus dem Heeresdienst vornehmen, so würde Frankreich bis mindestens Anfang Juli nur über die halbe Stärke an ausgebildeten Truppen, d. h. etwa 140 000 Mann verfügen. (Die Jahrgänge werden bekanntlich je zur Hälfte im April und Okt. eingezogen und entlassen.) Bei der gegenwärtigen Lage bedeute dies aber eine Gefahr für die Sicherheit Frankreichs. Deshalb werde man der Regierung vorschlagen,

das im April freiwerdende Kontingent bis Anfang Juli unter der Fahne zu behalten.

Es sei mit Bestimmtheit anzunehmen, so schreibt „Petit Journal", daß der Ministerrat am Sonnabend sich diesen Vorschlag zu eigen machen werde. Wenn man bisher in der Oeffentlichkeit noch nicht davon gesprochen habe, so nur deshalb, weil die Regierung zunächst die Kammer in die Ferien schicken wollte, um nicht den Angriffen der Linksopposition ausgesetzt zu sein.

Auch der französische Senat bis 28. Mai vertagt

Paris, 3. April. In den späten Abendstunden des Dienstag ist der französische Senat bis zum 28. Mai in die Ferien gegangen. Der Senat verabschiedete noch die neuen Satzungen für die Militärluftfahrt, die am Montag ausführlich in der Kammer erörtert worden waren. — (Bericht über die Kammersitzung auf Seite 5!)

Die Stimme des Papstes

Zur Ansprache des Heiligen Vaters im Geheimen Konsistorium.

Das Geheime Konsistorium vom 1. April hat eine außerordentliche, ja historische Bedeutung erhalten durch die überaus bedeutsame Stellungnahme Papst Pius' des Elften zur augenblicklich gespannten Weltlage. Wir müssen das Urteil des Papstes über die Weltlage — den Wortlaut der Ansprache gaben wir gestern wieder — um so gewichtiger einschätzen, weil er nicht nur von der Hochwarte seines erhabenen Amtes die in die Zentrale geistigen Weltgeschehens und des Christentums zusammenlaufenden Weltvorgänge wie kaum ein anderer klar überblickt, sondern auch weil er, frei von jedem politischen Interesse, die Erdendinge allein im Geiste des göttlichen Meisters betrachtet.

Wie beurteilt der Heilige Vater die gegenwärtige Weltlage? Aeußerst ernst, aber dennoch voll Gottvertrauen! — Aeußerst ernst, weil er mit größter Besorgnis auf die „noch schlimmeren zu befürchtenden Folgen für die Zukunft" blickt, die sich aus der „furchtbaren wirtschaftlichen, politischen und hauptsächlich sittlichen Krisis, von der die Menschheit geplagt ist" zu entwickeln drohen. Der unglückselige verheerende Weltkrieg ist noch nicht liquidiert, schon „verdüstert sich von neuem der Horizont mit finsteren Wolken". Nicht nur Europa erbebt unter tiefwirkenden Beunruhigungen, auch aus Asien, Afrika und Südamerika kommen besorgniserregende Nachrichten. Sollten da die Völker und deren Regierungen nicht endlich zu der Erkenntnis gelangen, daß alles bisherige Menschenwerk, zu einem wahren Völkerfrieden zu gelangen, eitel und nutzlos war? Haben alle bisherigen Konferenzen und Pakte, „Friedensverträge" und die „Abrüstungskonferenz" die Menschheit dem so ersehnten und dringend notwendigen Frieden nähergebracht? Haben sie nicht gar die Mächte der Erde weiter denn je voneinander entfernt?

Dennoch mahnt der Papst zu unerschütterlichem Gottvertrauen. Er weist die Menschheit auf die christliche Tugend der Hoffnung hin, die „es in diesen Tagen mit um so größerem Eifer wiederzuerwecken gilt", damit „die Furcht der Seelen beruhigt werde". Zugleich fühlt sich der Papst aber — und dies ist wohl der eindrucksvollste und ergreifendste Teil der päpstlichen Ansprache — kraft des ihm anvertrauten Apostolischen Amtes verpflichtet, warnend und beschwörend nochmals wie in seiner letzten Weihnachtsansprache auszurufen: „Daß, wenn die Völker von neuem die Waffen eines gegen das andere ergreifen würden, wenn abermals das Blut von Brüdern vergossen würde, wenn auf dem Lande, auf der See und in der Luft Zerstörung und Ruin verbreitet würden, dieses ein so enormes Verbrechen sein würde, eine Kundgebung einer so wahnsinnigen Wut, daß wir das für absolut unmöglich halten ..."

Der Heilige Vater beweist in seiner Rede nicht nur die sittliche, sondern weist auch auf die physische und materielle Unmöglichkeit irgendeines neuen Krieges mit allem Nachdruck hin.

Das Schicksal wollte es, daß der lange schon festgesetzte Termin des Geheimen Konsistoriums mit dem der Moskauer Besprechungen Edens zusammenfiel. Man möchte in dieser Tatsache fast einen providentiellen Hinweis erblicken, woher der Welt die allergrößte Gefahr für den Frieden droht, wo der Unruheherd zu suchen ist: In Sowjetrußland, der Zentrale einer zielbewußten Weltrevolution.

Pius der Elfte kann überzeugt sein, daß er im deutschen Volk für seine Mahnungen und Bitten ein offenes Ohr findet. Denn Deutschlands Volk und Regierung wollen den Frieden. Was Deutschland und seine Führer taten und noch tun, ist tatsächlich ein ernstes Ringen um einen solchen Frieden der Ehre und Gerechtigkeit.

Ein neuer Bischof von Madras

Rom, 3. Apr. Der Salesianer Msgr. Mathias ist zum Bischof von Madras ernannt worden. Msgr. Mathias, der am 29. Juli 1913 zum Priester geweiht wurde, arbeitet seitdem als Missionar in Indien, wo er zunächst apostolischer Präfekt von Assam und im letzten Jahre Bischof von Schillong wurde.